Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1699

28. 05. 82

Sachgebiet 611

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Dezember 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Zielsetzung

Bei wirtschaftlicher Betätigung über die nationalen Grenzen hinaus stellen Doppelbesteuerungen ein erhebliches Hindernis dar. Derartige steuerliche Hindernisse sollen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei abgebaut werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 19. Dezember 1980 enthält die hierfür erforderlichen Regelungen. Es ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der Gesetzgebungskörperschaften erlangen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Keine wesentlichen Auswirkungen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (44) – 521 05 – Do 56/82

Bonn, den 28. Mai 1982

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Dezember 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und tschechischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Der Bundesrat hat in seiner 512. Sitzung am 28. Mai 1982 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 19. Dezember 1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Prag am 19. Dezember 1980 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 29 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik Deutschland zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch tschechoslowakische Steuerverzichte beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německa a Československou socialistickou republikou o zamezení dvojího zdanění v oboru daní z příjmu a z majetku

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechoslowakische Sozialistische Republik –

von dem Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen –

haben folgendes vereinbart:

Spolková republika Německa

a

Československá socialistická republika,

Přejíce si uzavřít smlouvu o zamezení dvojího zdanění v oboru daní z příjmu a z majetku,

se dohodly takto:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Článek 1

Osoby, na které se smlouva vztahuje

Tato smlouva se vztahuje na osoby, které mají bydliště či sídlo v jednom nebo v obou smluvních státech.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die in einem der beiden Vertragsstaaten erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer,
die Grundsteuer und
die Gewerbesteuer;

b) in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik:
die Abgabe und die Steuer vom Gewinn (odvod ze zisku a daň ze zisku),
die Lohnsteuer (daň ze mzdy),

Článek 2

Daně, na které se smlouva vztahuje

(1) Tato smlouva se vztahuje na daně z příjmu a z majetku, vybírané v některém z obou smluvních států, ať je způsob vybírání jakýkoli.

(2) Za daně z příjmu a z majetku se považují všechny daně, vybírané z celkového příjmu, z veškerého majetku, nebo z částí příjmu nebo majetku, včetně daní ze zisku ze zcizení movitého nebo nemovitého majetku, daní z objemu mezd a daní z přírůstku hodnoty.

(3) Současné daně, na které se smlouva vztahuje, jsou zejména

a) ve Spolkové republice Německa:
daň z příjmu (die Einkommensteuer),
daň právnických osob včetně doplňkové dávky k dani právnických osob (die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer),
daň z majetku (die Vermögensteuer),
pozemková daň (die Grundsteuer) a
živnostenská daň (die Gewerbesteuer);

b) v Československé socialistické republice:
odvod ze zisku a daň ze zisku,
daň ze mzdy,

die Steuer von Einkünften aus literarischer und künstlerischer Tätigkeit (daň z příjmů z literární a umělecké činnosti),

die Landwirtschaftsteuer (daň zemědělská),

die Steuer von den Einkünften der Bevölkerung (daň z příjmů obyvatelstva),

die Haussteuer (daň domovní) und

die Abgabe vom Vermögen (odvod z jmění).

(4) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete Gewerbesteuer, die in der Bundesrepublik Deutschland erhoben wird.

(5) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen, soweit erforderlich, mit.

daň z příjmů z literární a umělecké činnosti,

daň zemědělská,

daň z příjmů obyvatelstva,

daň domovní a

odvod z jmění.

(4) Ustanovení této smlouvy o zdanění příjmu nebo majetku platí přiměřeně pro živnostenskou daň, vyměřovanou nikoli podle příjmu nebo majetku, která se vybírá ve Spolkové republice Německa.

(5) Tato smlouva se bude vztahovat také na všechny totožné nebo obdobné daně, které budou v budoucnu vybírány vedle současných daní nebo místo nich. Příslušné úřady smluvních států si na konci každého roku podle potřeby sdělí změny, které byly provedeny v jejich daňových zákonech.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat" und „der andere Vertragsstaat" je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Tschechoslowakische Sozialistische Republik;

b) umfaßt der Ausdruck „Person" natürliche Personen und Gesellschaften;

c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats" und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

e) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde" auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik den Minister der Finanzen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik oder seinen bevollmächtigten Vertreter.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders bestimmte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

Clánek 3

Všeobecné definice

(1) Ve smyslu této smlouvy, pokud souvislost nevyžaduje odlišný výklad:

a) Výrazy "jeden smluvní stát" a "druhý smluvní stát" označují podle souvislosti Spolkovou republiku Německa nebo Československou socialistickou republiku.

b) Výraz "osoba" zahrnuje fyzické osoby a společnosti.

c) Výraz "společnost" označuje právnické osoby nebo nositele práv považované pro účely zdanění za právnické osoby.

d) Výrazy "podnik jednoho smluvního státu" a "podnik druhého smluvního státu" označují podnik provozovaný osobou mající bydliště či sídlo v jednom smluvním státě, případně podnik provozovaný osobou mající bydliště či sídlo v druhém smluvním státě.

e) Výraz "příslušný úřad" označuje v případě Spolkové republiky Německa spolkového ministra financí a v případě Československé socialistické republiky ministra financí Československé socialistické republiky nebo jeho zmocněného zástupce.

(2) Každý výraz, který není jinak definován, má pro aplikaci této smlouvy smluvním státem význam, který je mu určen právními předpisy tohoto státu, které upravují daně, jež jsou předmětem této smlouvy, pokud souvislost nevyžaduje odlišný výklad.

Artikel 4

Steuerlicher Wohnsitz

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

a) Die Person gilt als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in

Článek 4

Daňový domicil

(1) Výraz "osoba mající bydliště či sídlo v jednom smluvním státě" označuje ve smyslu této smlouvy osobu, která je podrobena zdanění podle právních předpisů tohoto státu z důvodu svého bydliště, stálého pobytu, místa vedení, nebo jiného podobného kriteria.

(2) Jestliže fyzická osoba má podle ustanovení odstavce 1 bydliště v obou smluvních státech, postupuje se takto:

a) Předpokládá se, že tato osoba má bydliště v tom smluvním státě, ve kterém má stálý byt. Jestliže má stálý byt v

beiden Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat.

b) Kann nicht bestimmt werden, zu welchem Vertragsstaat die Person die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

obou smluvních státech, předpokládá se, že má bydliště v tom smluvním státě, ke kterému má užší osobní a hospodářské vztahy.

b) Jestliže nemůže být určeno, ke kterému smluvnímu státu má tato osoba užší osobní a hospodářské vztahy, nebo jestliže nemá stálý byt v žádném smluvním státě, předpokládá se, že má bydliště v tom smluvním státě, ve kterém se obvykle zdržuje.

(3) Jestliže osoba jiná než osoba fyzická má podle ustanovení odstavce 1 sídlo v obou smluvních státech, předpokládá se, že má sídlo v tom smluvním státě, v němž je místo jejího skutečného vedení.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte" umfaßt insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte,

f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,

g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebstätten gelten nicht:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaats wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem

Článek 5

Stálá provozovna

(1) Výraz "stálá provozovna" označuje ve smyslu této smlouvy trvalé zařízení pro podnikání, v němž podnik vykonává zcela nebo zčásti svoji činnost.

(2) Výraz "stálá provozovna" zahrnuje obzvláště:

a) místo vedení,

b) závod,

c) kancelář,

d) továrnu,

e) dílnu,

f) důl, lom nebo jiné místo, kde se těží přírodní zdroje,

g) staveniště nebo montáž, které trvají déle než 12 měsíců.

(3) Za stálou provozovnu se nepovažuje:

a) zařízení, které se využívá pouze k uskladnění, vystavení nebo k dodání zboží patřícího podniku,

b) zásoba zboží patřícího podniku, která se udržuje pouze za účelem uskladnění, vystavení nebo dodání,

c) zásoba zboží patřícího podniku, která se udržuje pouze za účelem zpracování jiným podnikem,

d) trvalé zařízení sloužící podnikání, které je využíváno pouze za účelem nákupu zboží nebo shromažďování informací pro podnik,

e) trvalé zařízení sloužící podnikání, které je využíváno pro podnik pouze za účelem reklamy, poskytování informací, vědeckých rešerší nebo podobných činností, které mají přípravný nebo pomocný charakter.

(4) Osoba jednající v jednom smluvním státě za podnik druhého smluvního státu – jiná než nezávislý zástupce ve smyslu odstavce 5 – se považuje za stálou provozovnu v prvně jmenovaném státě, jestliže je vybavena plnou mocí, která jí dovoluje uzavírat smlouvy jménem podniku a kterou v tomto státě obvykle využívá, pokud její činnost není omezena na nákupy zboží pro podnik.

(5) Nepředpokládá se, že podnik jednoho smluvního státu má stálou provozovnu v druhém smluvním státě jenom proto,

anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Person im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen" bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaats, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. See- und Binnenschiffe sowie Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufs dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für die Zwecke dieser Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile

že tam vykonává svoji činnost prostřednictvím makléře, komisionáře nebo jiného nezávislého zástupce, pokud tyto osoby jednají v rámci své řádné činnosti.

(6) Skutečnost, že společnost, která má sídlo v jednom smluvním státě, ovládá společnost nebo je ovládána společností, která má sídlo v druhém smluvním státě, nebo která v tomto druhém státě vykonává svoji činnost (at' prostřednictvím stálé provozovny nebo jinak), neučiní sama o sobě z kterékoli této společnosti stálou provozovnu druhé společnosti.

Clanek 6

Příjmy z nemovitého majetku

(1) Příjmy z nemovitého majetku mohou být zdaněny ve smluvním státě, v němž je takový majetek umístěn.

(2) Výraz "nemovitý majetek" je definován ve shodě s právem toho smluvního státu, v němž je tento majetek umístěn. Tento výraz zahrnuje v každém případě příslušenství nemovitého majetku, živý a mrtvý inventář zemědělských a lesních hospodářství, práva, na která se použijí ustanovení občanského práva vztahující se na pozemky, požívání nemovitého majetku a práva na proměnlivá nebo pevná plnění, placená za těžení nebo za právo na těžení nerostných ložisek, pramenů a jiných přírodních zdrojů. Lodi, čluny a letadla se nepovažují za nemovitý majetek.

(3) Ustanovení odstavce 1 se použije na příjmy z přímého užívání, nájmu, pachtu a každého jiného způsobu užívání nemovitého majetku.

(4) Ustanovení odstavců 1 a 3 se použijí také na příjmy z nemovitého majetku podniku a na příjmy z nemovitého majetku užívaného výkonu svobodného povolání.

Článek 7

Zisky podniků

(1) Zisky podniku jednoho smluvního státu mohou být zdaněny jen v tomto státě, pokud podnik nevykonává svoji činnost v druhém smluvním státě prostřednictvím stálé provozovny, která je tam umístěna. Jestliže podnik vykonává svoji činnost tímto způsobem, mohou být zisky podniku zdaněny v tomto druhém státě, avšak pouze v takovém rozsahu, v jakém je lze přičítat této stálé provozovně.

(2) Jestliže podnik jednoho smluvního státu vykonává svoji činnost v druhém smluvním státě prostřednictvím stálé provozovny, která je tam umístěna, přisuzují se v každém smluvním státě této stálé provozovně zisky, které by byla mohla docílit, kdyby byla jako samostatný podnik vykonávala totožné nebo obdobné činnosti za stejných nebo obdobných podmínek a byla zcela nezávislá ve styku s podnikem, jehož je stálou provozovnou.

(3) Při výpočtu zisku stálé provozovny se povoluje odečíst náklady, vynaložené na cíle sledované touto stálou provozovnou včetně výloh vedení a všeobecných správních výloh, at' vznikly ve státě, v němž je tato stálá provozovna umístěna či jinde.

(4) Pokud je v některém smluvním státě obvyklé určovat zisky, které mají být přičteny stálé provozovně, na základě rozdělení celkových zisků podniku jeho různým částem, nevy-

zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt. Die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

lučuje ustanovení odstavce 2, aby tento smluvní stát určil zisky, jež mají být zdaněny, tímto obvyklým rozdělením. Způsob použitého rozdělení zisků musí být však takový, aby výsledek byl v souladu se zásadami, stanovenými v tomto článku.

(5) Stálé provozovně se nepřičtou žádné zisky na základě skutečnosti, že pouze nakupovala zboží pro podnik.

(6) Zisky, které se mají přičíst stálé provozovně, se pro aplikaci předchozích odstavců vypočítají každý rok podle téže metody, pokud neexistují dostatečné důvody pro jiný postup.

(7) Jestliže zisky zahrnují příjmy, o nichž se pojednává v jiných článcích této smlouvy, nebudou ustanovení oněch článků dotčena ustanoveními tohoto článku.

Artikel 8

Schiff- und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschiffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschiffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens der Schiff- oder Luftfahrt an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

Článek 8

Lodní a letecká doprava

(1) Zisky plynoucí z provozování námořních lodí nebo letadel v mezinárodní dopravě mohou být zdaněny jen ve smluvním státě, ve kterém je místo skutečného vedení podniku.

(2) Zisky z provozování člunů používaných ve vnitrozemské plavbě mohou být zdaněny jen ve smluvním státě, ve kterém je místo skutečného vedení podniku.

(3) Jestliže místo skutečného vedení podniku námořní nebo vnitrozemské plavby je na palubě lodi nebo člunu, považuje se za umístěné ve smluvním státě, ve kterém je domovský přístav této lodi nebo tohoto člunu, nebo není-li domovský přístav, ve smluvním státě, ve kterém má provozovatel lodi nebo člunu bydliště, či sídlo.

(4) Ustanovení odstavců 1 až 3 se použijí přiměřeně na účasti podniku námořní nebo vnitrozemské plavby nebo letecké dopravy na poolu, společném provozu, nebo na jiném mezinárodním provozním sdružení.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Wenn der Gewinn, mit dem ein Unternehmen eines Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, nach Absatz 1 in den Gewinn eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats einbezogen und entsprechend besteuert wird und wenn es sich bei dem so einbezogenen Gewinn um einen Gewinn handelt, der diesem Unternehmen des anderen Ver-

Článek 9

Sdružené podniky

(1) Jestliže

a) se podnik jednoho smluvního státu podílí přímo nebo nepřímo na vedení, kontrole nebo jmění podniku druhého smluvního státu, nebo

b) tytéž osoby se přímo nebo nepřímo podílejí na vedení, kontrole nebo jmění podniku jednoho smluvního státu i podniku druhého smluvního státu,

a jestliže v těchto případech byly mezi oběma podniky v jejich obchodních nebo finančních vztazích sjednány nebo jim uloženy podmínky, které se liší od podmínek, které by byly sjednány mezi podniky nezávislými, mohou být do zisků tohoto podniku včleněny a přiměřeně zdaněny zisky, které bez těchto podmínek by byly docíleny jedním z podniků, které však vzhledem k těmto podmínkám docíleny nebyly.

(2) Jestliže zisk, ze kterého byl podnik jednoho smluvního státu zdaněn v tomto státě, byl podle ustanovení odstavce 1 zahrnut do zisku podniku druhého smluvního státu a přiměřeně zdaněn a jestliže zisk takto zahrnutý je ziskem, který by byl docílen tímto podnikem tohoto druhého smluvního státu, kdyby podmínky sjednané mezi oběma podniky byly totožné s

tragsstaats zugeflossen wäre, falls die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen mit denen identisch gewesen wären, die zwischen unabhängigen Unternehmen vereinbart worden wären, nimmt der erstgenannte Staat eine entsprechende Berichtigung vor, um eine Doppelbelastung des so einbezogenen Gewinns zu vermeiden. Diese Berichtigung ist unter Berücksichtigung der übrigen Bestimmungen dieses Abkommens bezüglich der Art der Einkünfte festzusetzen; zu diesem Zweck konsultieren erforderlichenfalls die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden. Die Steuer darf aber nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Solange in einem Vertragsstaat der Satz der Steuer vom Gewinn einer Gesellschaft für den ausgeschütteten Gewinn niedriger ist als der Satz der Steuer für den nichtausgeschütteten Gewinn und der Unterschied 20 vom Hundert oder mehr beträgt, darf abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in diesem Staat von den Dividenden erhoben wird, 25 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden zuzüglich der Ergänzungsabgabe betragen, wenn die Dividenden von einer in diesem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft stammen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft bezogen werden, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in dem erstgenannten Staat ansässigen Gesellschaft gehören.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden" bedeutet Einnahmen aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gewinnanteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einnahmen, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einnahmen aus Aktien gleichgestellt sind, einschließlich der Einnahmen aus Beteiligungen an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter, aus Gewinnobligationen oder aus partiarischen Darlehen sowie der Ausschüttungen auf die Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften (Investmentfonds).

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebstätte hat und die Beteiligung, für welche die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft ei-

podmínkami, které by byly sjednány mezi nezávislými podniky, provede prvně zmíněný stát přiměřenou opravu takto zahrnutého zisku, aby bylo vyloučeno dvojí zdanění. Tato oprava se provede s přihlédnutím k ostatním ustanovením této smlouvy s ohledem na druh příjmu a bude-li to nutné, příslušné úřady smluvních států se za tímto účelem poradí.

Článek 10

Dividendy

(1) Dividendy vyplácené společností, která má sídlo v jednom smluvním státě, osobě mající bydliště či sídlo v druhém smluvním státě, mohou být zdaněny v tomto druhém státě.

(2) Tyto dividendy však mohou být zdaněny ve smluvním státě, v němž má sídlo společnost, která je vyplácí, a to podle zákonů tohoto státu. Daň takto stanovená však nesmí přesáhnout:

a) 5 % hrubé částky dividend, jestliže příjemce je společností, která vlastní přímo nejméně 25 % jmění společnosti vyplácející dividendy;

b) 15 % hrubé částky dividend ve .všech ostatních případech.

(3) Pokud sazba daně ze zisku společností je v některém smluvním státě nižší pro rozdělené zisky než pro nerozdělené zisky, a jestliže rozdíl činí 20 % nebo více, může daň, která se vybírá v tomto státě z dividend, činit odchylně od ustanovení odstavce 2 25 % hrubé částky dividend s připočtením doplňkové dávky, jestliže dividendy pocházejí od společnosti, která má v tomto smluvním státě sídlo, a jsou pobírány společností, která má sídlo v druhém smluvním státě, a jestliže této společnosti samotné nebo společně s jinými osobami, jimiž je ovládána, nebo které jsou s ní společně ovládány, patří přímo nebo nepřímo nejméně 25 % podílů spojených s hlasovacím právem společnosti mající sídlo v prvně zmíněném státě.

(4) Výraz "dividendy" použitý v tomto článku označuje příjem z akcií, požívacích práv nebo požitkových listů, kuksů, podílů na zisku, nebo jiných práv – s výjimkou pohledávek – s účastí na zisku a příjem z jiných podílů na společnosti, který je podle daňových předpisů státu, ve kterém má sídlo společnost, která vyplácí dividendy, postaven na roveň příjmu z akcií, včetně příjmu tichého společníka z účasti na živnosti, příjmu z obligací nebo půjček spojených s účastí na zisku, a včetně výplat na podílové listy společností pro ukládání kapitálu (investmentfonds).

(5) Ustanovení odstavců 1 až 3 se nepoužijí, jestliže příjemce dividend mající bydliště či sídlo v jednom smluvním státě, má v druhém smluvním statě, v němž má sídlo společost vyplácející dividendy, stálou provozovnu a jestliže účast, na jejímž základě se dividendy vyplácejí, skutečně patří k této stálé provozovně. V takovém případě se použijí ustanovení článku 7.

(6) Jestliže společnost mající sídlo v jednom smluvním státě dosahuje zisky nebo příjem z druhého smluvního státu, nemůže tento druhý stát vybrat žádnou daň z dividend, vyplácených touto společností osobám, které nemají bydliště či sídlo v tomto druhém státě, ani podrobit zisky společnosti dani

ner Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

z nerozdělených zisků, ani když vyplácené dividendy nebo nerozdělené zisky pozůstávají zcela nebo zčásti ze zisků nebo z příjmů docílených v tomto druhém státě.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen" bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebstätte hat und die Forderungen, für welche die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Článek 11

Úroky

(1) Úroky mající zdroj v jednom smluvním státě a vyplácené osobě mající bydliště či sídlo v druhém smluvním státě mohou být zdaněny pouze v tomto druhém státě.

(2) Výraz "úroky" použitý v tomto článku označuje příjem z veřejných půjček, z dlužních úpisů, i když jsou zajištěny zástavním právem na nemovitosti nebo poskytují právo na účast na zisku, a z pohledávek jakékoli povahy, jakož i všechny jiné příjmy, které jsou podle daňových předpisů státu, ve kterém je jejich zdroj, postaveny na roveň příjmu z půjček.

(3) Ustanovení odstavce 1 se nepoužije, jestliže příjemce úroků, který má bydliště či sídlo v jednom smluvním státě má v druhém smluvním státě, ve kterém mají úroky zdroj, stálou provozovnu a jestliže pohledávky, ze kterých jsou úroky placeny, skutečně patří k této stálé provozovně. V takovém případě se použijí ustanovení článku 7.

(4) Jestliže částka placených úroků, posuzováno se zřetelem k pohledávce, ze které jsou placeny, přesahuje v důsledku zvláštních vztahů existujících mezi dlužníkem a věřitelem nebo mezi oběma a třetí osobou částku, kterou by byl smluvil dlužník s věřitelem, kdyby nebylo takových vztahů, použijí se ustanovení tohoto článku jen na tuto naposledy zmíněnou částku. Částka úroků, která ji přesahuje, může být v tomto případě zdaněna podle právních předpisů každého smluvního státu a podle jiných ustanovení této smlouvy.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogen werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässsige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für welche die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehun-

Článek 12

Licenční poplatky

(1) Licenční poplatky mající zdroj v jednom smluvním státě a placené osobě, která má bydliště či sídlo v druhém smluvním státě, mohou být zdaněny v tomto druhém státě.

(2) Tyto licenční poplatky mohou však být zdaněny ve smluvním státě, ve kterém je jejich zdroj, a to podle právních předpisů tohoto státu, avšak daň nesmí překročit 5 % hrubé částky licenčních poplatků.

(3) Výraz "licenční poplatky" použitý v tomto článku označuje platy jakéhokoli druhu, placené za užití nebo za právo na užití autorských práv k dílu literárnímu, uměleckému nebo vědeckému včetně kinematografických filmů, patentů, ochranných známek, návrhů nebo modelů, plánů, tajných vzorců nebo postupů, nebo za užití nebo za právo na užití průmyslového, obchodního nebo vědeckého zařízení nebo za informace, které se vztahují na zkušenosti nabyté v oblasti průmyslové, obchodní nebo vědecké.

(4) Ustanovení odstavců 1 a 2 se nepoužijí, jestliže příjemce licenčních poplatků mající bydliště či sídlo v jednom smluvním státě má v druhém smluvním státě, ve kterém mají licenční poplatky zdroj, stálou provozovnu a jestliže práva nebo majetkové hodnoty, za které jsou licenční poplatky placeny, skutečně patří k této stálé provozovně. V takovém případě se použijí ustanovení článku 7.

(5) Jestliže částka placených licenčních poplatků, posuzováno se zřetelem k plnění, za které jsou placeny, přesahuje v důsledku zvláštních vztahů existujících mezi dlužníkem a věřitelem, nebo mezi oběma a třetí osobou částku, kterou by byl smluvil dlužník s věřitelem, kdyby nebylo takových vztahů,

gen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

použijí se ustanovení tohoto článku jen na tuto naposledy zmíněnou částku. Částka platů, která ji přesahuje, může být v tomto případě zdaněna podle právních předpisů každého smluvního státu a podle jiných ustanovení této smlouvy.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel 22 Absatz 3 genannten beweglichen Vermögens nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft können in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Článek 13

Zisky ze zcizení majetku

(1) Zisky ze zcizení nemovitého majetku ve smyslu článku 6 mohou být zdaněny ve smluvním státě, ve kterém je takový majetek umístěn.

(2) Zisky ze zcizení movitého majetku, který je provozním majetkem stálé provozovny, kterou má podnik jednoho smluvního státu v druhém smluvním státě, nebo movitého majetku příslušejícího ke stálé základně, kterou osoba mající bydliště v jednom smluvním státě má v druhém smluvním státě za účelem výkonu nezávislého povolání, včetně takových zisků docílených ze zcizení takové stálé provozovny (samotné nebo spolu s celým podnikem) nebo takové stálé základny, mohou být zdaněny v tomto druhém státě. Avšak zisky ze zcizeni movitého majetku uvedeného v článku 22 odstavec 3 mohou být zdaněny jen ve smluvním statě, ve kterém může být takový movitý majetek zdaněn podle ustanovení zmíněného článku.

(3) Zisky ze zcizení podílů na společnosti mající sídlo v jednom smluvním státě mohou být zdaněny v tomto státě.

(4) Zisky ze zcizení majetku, který není uveden v odstavcích 1, 2 a 3, mohou být zdaněny jen ve smluvním státě, ve kterém má zcizitel bydliště či sídlo.

Artikel 14

Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Zahnärzte.

Článek 14

Nezávislá povolání

(1) Příjem, který osoba mající bydliště v jednom smluvním státě pobírá ze svobodného povolání nebo jiné nezávislé činnosti podobné povahy, může být zdaněn jen v tomto státě, pokud tato osoba nemá pravidelně k dispozici v druhém smluvním státě stálou základnu k výkonu své činnosti. Jestliže má takovou stálou základnu, může být příjem zdaněn ve druhém státě, avšak pouze v rozsahu, v jakém jej lze přičítat této stálé základně.

(2) Výraz "svobodné povolání" zahrnuje obzvláště nezávislé činnosti vědecké, literární, umělecké, vychovatelské nebo učitelské, jakož i nezávislé činnosti lékařů, právníků, inženýrů, architektů a zubních lékařů.

Artikel 15

Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16 bis 20 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person für die in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

Článek 15

Zaměstnání

(1) Platy, mzdy a jiné podobné odměny, které fyzická osoba mající bydliště v jednom smluvním státě pobírá z důvodu zaměstnání, mohou být s výhradou ustanovení článků 16 až 20 zdaněny jen v tomto státě, pokud zaměstnání není vykonáváno v druhém smluvním státě. Je-li tam zaměstnání vykonáváno, mohou být odměny přijaté za ně zdaněny v tomto druhém státě.

(2) Odměny, které fyzická osoba mající bydliště v jednom smluvním státě pobírá z důvodu zaměstnání vykonávaného v druhém smluvním státě, mohou být bez ohledu na ustanovení odstavce 1 zdaněny jen v prvně zmíněném státě, jestliže

a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält,

b) die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte getragen werden, welche die Person, die die Vergütungen zahlt, in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschiffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

a) příjemce se nezdržuje v druhém státě během příslušného kalendářního roku déle než 183 dnů,

b) odměny jsou vypláceny osobou nebo za osobu, která nemá bydliště či sídlo v tomto druhém státě, a

c) odměny nejdou k tíži stálé provozovny, kterou má osoba, která odměny platí, v tomto druhém státě.

(3) Nehledě na předchozí ustanovení tohoto článku, mohou být odměny pobírané z důvodu zaměstnání vykonávaného na palubě námořní lodi nebo letadla v mezinárodní dopravě nebo na palubě člunu používaného ve vnitrozemské plavbě zdaněny ve smluvním státě, ve kterém je místo skutečného vedení podniku.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Článek 16

Tantiemy

Odměny členů dozorčí a správní rady a podobné platy, které osoba mající bydliště v jednom smluvním státě pobírá jako člen dozorčí nebo správní rady společnosti, která má sídlo v druhém smluvním státě, mohou být zdaněny v tomto druhém státě.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Fließen Einkünfte aus der persönlichen Tätigkeit eines Künstlers oder Sportlers nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können die Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Staat besteuert werden, in dem die Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers ausgeübt wird.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 können die dort genannten Einkünfte in dem Staat, in dem die Tätigkeit des Künstlers oder Sportlers ausgeübt wird, nicht besteuert werden, wenn der Künstler oder Sportler im Rahmen des von den Regierungen der Vertragsstaaten vereinbarten Kulturaustausches auftritt.

Článek 17

Umělci a sportovci

(1) Příjem, který pobírají umělci z povolání, jako divadelní, filmoví, rozhlasoví nebo televizní umělci a hudebníci jakož i sportovci z této své osobní činnosti, může být bez ohledu na ustanovení článků 14 a 15 zdaněn ve smluvním státě, ve kterém jsou tyto činnosti vykonávány.

(2) Jestliže příjem z této osobní činnosti umělce nebo sportovce nepřipadá umělci nebo sportovci samotnému, nýbrž jiné osobě, může být příjem bez ohledu na ustanovení článku 7, 14, a 15 zdaněn ve státě, ve kterém se vykonává činnost umělce nebo sportovce.

(3) Příjem uvedený v odstavcích 1 a 2 nemůže být odchylně od ustanovení těchto odstavců zdaněn ve státě, ve kterém se vykonává činnost umělce nebo sportovce, jestliže umělec nebo sportovec vystupuje v rámci kulturní výměny dohodnuté mezi vládami smluvních států.

Artikel 18

Ausübung öffentlicher Funktionen

(1) Vergütungen, einschließlich der Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gewährt werden, können in diesem Staat besteuert werden. Dies gilt jedoch nicht, wenn die Vergütungen an Personen gezahlt werden, die in dem anderen Staat ständig ansässig sind.

(2) Auf Vergütungen oder Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 15, 16 und 19 Anwendung.

Článek 18

Veřejné funkce

(1) Platy včetně penzí, které jsou vypláceny některým smluvním státem nebo územní korporací tohoto státu přímo nebo z fondu zřízeného tímto státem nebo touto územní korporací fyzické osobě za služby prokázané tomuto státu nebo této územní korporaci při výkonu veřejných funkcí, mohou být zdaněny v tomto státě. Toto ustanovení se však nepoužije, jestliže se odměny vyplácejí osobám, které mají v druhém státě stálé bydliště.

(2) Na platy nebo penze za služby, které byly prokázány v souvislosti s obchodní nebo průmyslovou činností smluvního státu nebo jeho územní korporace, se použijí ustanovení článků 15, 16 a 19.

Artikel 19
Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20
Lehrer, Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Hochschullehrer oder Lehrer, die in einem Vertragsstaat ansässig sind oder unmittelbar vorher dort ansässig waren und die sich für höchstens zwei Jahre zwecks fortgeschrittener Studien oder Forschungsarbeiten oder zwecks Ausübung einer Lehrtätigkeit an einer anerkannten Universität, Hochschule oder anderen ähnlichen, nicht auf Gewinnerzielung gerichteten Anstalt in den anderen Vertragsstaat begeben, werden in dem anderen Staat mit ihren Vergütungen für diese Arbeit nicht besteuert, vorausgesetzt, daß sie diese Vergütungen von außerhalb dieses anderen Staates beziehen.

(2) Ist eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begibt, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich als Student einer Universität, Hochschule, Schule oder anderen ähnlichen Lehranstalt dieses anderen Staates oder als Lehrling (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Volontäre oder Praktikanten) vorübergehend auf, so ist sie vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates hinsichtlich aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Zahlungen, die sie von außerhalb dieses anderen Staates erhält, befreit.

(3) Ist eine natürliche Person in einem Vertragsstaat ansässig, unmittelbar bevor sie sich in den anderen Vertragsstaat begibt, und hält sie sich in dem anderen Staat lediglich zum Studium, zur Forschung oder zur Ausbildung als Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer wissenschaftlichen, pädagogischen, religiösen oder mildtätigen Organisation vorübergehend auf, so ist sie während der Dauer von höchstens zwei Jahren vom Tag ihrer ersten Ankunft in dem anderen Staat im Zusammenhang mit diesem Aufenthalt von der Steuer dieses anderen Staates befreit hinsichtlich

a) dieses Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums und

b) aller für ihren Unterhalt, ihre Erziehung oder ihre Ausbildung bestimmten Zahlungen, die sie von außerhalb dieses anderen Staates erhält.

Artikel 21
Nicht ausdrücklich erwähnte Einkünfte

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22
Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer

Článek 19
Penze

Penze a podobné platy poukazované z důvodu dřívějšího zaměstnání osobě, která má bydliště v některém smluvním státě, podléhají s výhradou ustanovení článku 18 odstavec 1 zdanění pouze v tomto státě.

Článek 20
Učitelé, studenti a jiné osoby, které získávají vzdělání

(1) Vysokoškolští a jiní učitelé, kteří mají v jednom smluvním státě bydliště, nebo měli v jednom smluvním státě bydliště bezprostředně před tím, než se odebrali do druhého smluvního státu, aby tam nejdéle po dobu dvou roků pokračovali ve studiu nebo výzkumu nebo aby tam vyučovali na uznávané univerzitě, vysoké škole nebo na jiném podobném ústavu, který nesleduje výdělečné cíle, nebudou v tomto druhém státě podrobeni dani z odměn za tuto práci, pokud pobírají tyto odměny z míst mimo tento druhý stát.

(2) Jestliže fyzická osoba má bydliště v jednom smluvním státě bezprostředně před tím, než odejde do druhého smluvního státu, a jestliže se v tomto druhém státě zdržuje přechodně pouze jako student na univerzitě, vysoké nebo jiné škole nebo na podobném vzdělávacím ústavu tohoto druhého státu nebo jako učeň (ve Spolkové republice Německa také jako volontér nebo praktikant), je osvobozena ode dne svého prvního příchodu do druhého státu v souvislosti s tímto pobytem od daně tohoto druhého státu ze všech úhrad z míst mimo tento druhý stát, určených na její výživu, výchovu nebo vzdělání.

(3) Jestliže fyzická osoba má bydliště v jednom smluvním státě bezprostředně před tím, než odejde do druhého smluvního státu, a jestliže se přechodně zdržuje v tomto druhém státě pouze za účelem studia, výzkumu nebo vzdělání jako příjemce podpory, příspěvku na výživu nebo stipendia vědecké, vychovatelské, náboženské nebo dobročinné organizace, je nejdéle po dobu dvou roků ode dne svého prvního příchodu osvobozena v tomto druhém státě v souvislosti s tímto pobytem od daně tohoto druhého státu:

a) z této podpory, příspěvku na výživu nebo stipendia a

b) ze všech úhrad z míst mimo tento druhý stát, určených na její výživu, výchovu nebo vzdělání.

Článek 21
Příjmy výslovně neuvedené

Příjmy osoby mající bydliště či sídlo v některém smluvním státě, které nejsou výslovně uvedeny v předchozích článcích, mohou být zdaněny jen v tomto státě.

Článek 22
Majetek

(1) Nemovitý majetek ve smyslu článku 6 odstavec 2 může být zdaněn ve smluvním státě, ve kterém je takový majetek umístěn.

(2) Movitý majetek, který je provozním majetkem stálé provozovny podniku nebo přísluší ke stálé základně, která

der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschiffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Beseitigung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und die in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik besteuert werden können, von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland ausgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland wird jedoch die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft von einer in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

b) Die Steuer, die nach dem Recht der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die folgenden, aus Quellen innerhalb der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik stammenden Einkünfte gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer angerechnet:
   1. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen,
   2. Lizenzgebühren im Sinne des Artikels 12,
   3. Einkünfte im Sinne des Artikels 13 Absatz 3,
   4. Einkünfte im Sinne des Artikels 16,
   5. Einkünfte im Sinne des Artikels 17.

c) Buchstabe a gilt für Gewinne, die einer in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gelegenen Betriebstätte zugerechnet werden können, und für das Vermögen, das Betriebsvermögen einer solchen Betriebstätte darstellt, sowie für Dividenden, die von einer in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur dann, wenn die Betriebstätte oder die Gesellschaft, an der die Beteiligung besteht, ihre Einnahmen ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden innerhalb der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ausgeübten Tätigkeiten bezieht: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Dienstleistung oder Bank- bzw. Versicherungsgeschäfte. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt,

slouží k výkonu svobodného povolání, může být zdaněn ve smluvním státě, ve kterém je umístěna stálá provozovna nebo stála základna.

(3) Námořní lodi a letadla používané v mezinárodní dopravě a čluny používané ve vnitrozemské plavbě jakož i movitosti sloužící k provozování takových lodí, člunů a letadel mohou být zdaněny jen ve smluvním státě, ve kterém je umístěno skutečné vedení podniku.

(4) Všechny ostatní části majetku osoby mající bydliště či sídlo v některém smluvním státě mohou být zdaněny jen v tomto státě.

Článek 23

Vyloučení dvojího zdanění

(1) Osobě, která má bydliště či sídlo ve Spolkové republice Německa, se daň stanoví takto:

a) Pokud se nepoužije ustanovení písmene b), vyjmou se příjmy ze zdrojů v Československé socialistické republice a majetkové hodnoty ležící v Československé socialistické republice, které mohou být podle této smlouvy zdaněny v Československé socialistické republice, ze základu pro vyměření daně Spolkové republiky Německa. Spolková republika Německa však vezme ohled na takto vyňaté příjmy a majetkové hodnoty při stanovení daňové sazby. Na dividendy se první věta použije jen tehdy, jestliže dividendy jsou vypláceny kapitálové společnosti mající sídlo ve Spolkové republice Německa společností mající sídlo v Československé socialistické republice a jestliže alespoň 25 % podílů této společnosti spojených s hlasovacím právem patří prvně zmíněné společnosti. Ze základu pro vyměření daně Spolkové republiky Německa se rovněž vyjmou účasti, jejichž dividendy se vyjímají z daňového základu podle předchozí věty nebo by se měly ze základu daně vyjmout při výplatě.

b) Daň, která se platí podle právních předpisů Československé socialistické republiky a v souladu s touto smlouvou z dále uvedených příjmů ze zdrojů v Československé socialistické republice, se započte na daň vybíranou z těchto příjmů ve Spolkové republice Německa podle daňových předpisů Spolkové republiky Německa o započítání zahraničních daní:
   1. z dividend, které nespadají pod ustanovení písmene a),
   2. z licenčních poplatků ve smyslu článku 12,
   3. z příjmů ve smyslu článku 13 odstavce 3,
   4. z příjmů ve smyslu článku 16,
   5. z příjmů ve smyslu článku 17.

c) Ustanovení písmene a) se vztahuje na zisky, které mohou být přičteny stálé provozovně umístěné v Československé socialistické republice, a na majetek, který je provozním majetkem takové stálé provozovny, jakož i na dividendy, které jsou vypláceny společností mající sídlo v Československé socialistické republice a na účast na takové společnosti jen tehdy, jestliže stálá provozovna nebo společnost, na níž je účast, pobírá své příjmy výhradně nebo téměř výhradně z dále uvedených činností vykonávaných v Československé socialistické republice: z výroby nebo prodeje zboží, technických služeb nebo bankovních případně pojišťovacích obchodů. Jestliže nejsou tyto předpoklady splněny, použijí se ustanovení uvedená pod písmenem b). Také při zdanění majetku se daň vybraná ve shodě s touto smlouvou v Československé socialistické

ist Buchstabe b anzuwenden. Auch bei der Besteuerung des Vermögens ist die in Übereinstimmung mit dem Abkommen in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik erhobene Steuer von den in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik gelegenen Vermögenswerten nach Maßgabe der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer anzurechnen.

(2) Bei einer in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte – mit Ausnahme der unter Buchstabe b fallenden Einkünfte – und die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden dürfen, sind in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik von der Besteuerung ausgenommen. Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik darf aber bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder das übrige Vermögen dieser Person den Steuersatz anwenden, der anzuwenden wäre, wenn die betreffenden Einkünfte oder das betreffende Vermögen nicht von der Besteuerung ausgenommen wären.

b) Bei der Festsetzung der tschechoslowakischen Steuern werden die aus der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 12, 13 Absatz 3, 16 und 17 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden dürfen, in die Bemessungsgrundlage einbezogen. Die in der Bundesrepublik Deutschland nach den Artikeln 10, 12, 13 Absatz 3, 16 und 17 gezahlte Steuer wird auf die von diesen Einkünften in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik erhobene Steuer angerechnet. Der anzurechnende Betrag darf aber den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der anteilig auf diese in der Bundesrepublik Deutschland steuerpflichtigen Einkünfte entfällt.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Ein Vertragsstaat darf bei Personen, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig sind, keine Besteuerung vornehmen, die er bei Personen, die in einem dritten Staat ansässig sind, mit dem er kein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung hat, nicht vornehmen würde.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats in dem anderen Vertragsstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstands oder der Familienlasten oder sonstiger persönlicher Umstände zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Vertragsstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(4) In diesem Artikel bedeutet der Ausdruck „Besteuerung" Steuern jeder Art und Bezeichnung.

republice z majetkových hodnot umístěných v Československé socialistické republice započte na daň vybíranou ve Spolkové republice Německa podle daňových předpisů Spolkové republiky Německa o započtení zahraničních daní.

(2) Osobě, která má bydliště či sídlo v Československé socialistické republice, se daň stanoví takto:

a) Příjmy pocházející ze Spolkové republiky Německa – s výjimkou příjmů spadajících pod ustanovení písmene b) – a majetkové hodnoty umístěné ve Spolkové republice Německa, které mohou být zdaněny podle této smlouvy ve Spolkové republice Německa, se v Československé socialistické republice vyjímají ze zdanění. Československá socialistická republika však může při stanovení daně z ostatního příjmu nebo z ostatního majetku této osoby použít sazbu daně, která by se použila, kdyby příslušný příjem nebo příslušný majetek nebyl ze zdanění vyňat.

b) Při vyměřování československých daní se do daňového základu zahrnou příjmy ze Spolkové republiky Německa, které podle článků 10, 12, 13 odstavce 3, 16 a 17 mohou být zdaněny ve Spolkové republice Německa. Daň zaplacená ve Spolkové republice Německa podle článků 10, 12, 13 odstavce 3, 16 a 17 se započte na daň vybíranou v Československé socialistické republice z těchto příjmů. Částka, která se započte, však nemůže překročit takovou část daně vypočtené před započtením, která poměrně připadá na tyto příjmy podléhající zdanění ve Spolkové republice Německa.

Článek 24

Zásada rovného nakládání

(1) Smluvní stát nesmí uložit osobám, které mají v druhém smluvním státě bydliště či sídlo, žádné daně, které by neuložil osobám, které mají bydliště či sídlo v třetím státě, s nímž neuzavřel smlouvu o zamezení dvojího zdanění.

(2) Zdanění stálé provozovny, kterou podnik jednoho smluvního státu má v druhém smluvním státě, se neprovede v tomto druhém státě způsobem méně příznivým než zdanění podniků tohoto druhého státu, které vykonávají tutéž činnost.

Toto ustanovení nebude vykládáno jako závazek jednoho smluvního státu, aby přiznal osobám majícím bydliště v druhém smluvním státě daňová osvobození, úlevy a snížení daně z důvodů osobního stavu nebo povinností k rodině nebo z jiných osobních důvodů, které přiznává osobám, které na jeho území mají bydliště.

(3) Podniky jednoho smluvního státu, jejichž jmění je zcela nebo zčásti, přímo nebo nepřímo vlastněno nebo kontrolováno osobou nebo osobami majícími bydliště či sídlo v druhém smluvním státě, nesmí být podrobeny v prvně zmíněném smluvním státě žádnému zdanění nebo povinnostem s ním spojeným, které by byly jiné nebo tíživější než zdanění a s ním spojené povinnosti, kterým jsou nebo mohou být prodrobeny jiné podobné podniky tohoto prvně zmíněného státu.

(4) Výraz "zdanění" označuje v tomto článku daně jakéhokoli druhu a pojmenování.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können für die Zwecke der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Článek 25

Řešení případů cestou dohody

(1) Jestliže se osoba mající bydliště či sídlo v některém smluvním státě domnívá, že opatření učiněná jedním nebo oběma smluvními státy přivodila nebo přivodí pro ni zdanění, které není v souladu s touto smlouvou, může nezávisle na opravných prostředcích, které poskytuje vnitrostátní zákonodárství těchto států, předložit svůj případ příslušnému úřadu smluvního státu, ve kterém má bydliště či sídlo.

(2) Jestliže bude příslušný úřad považovat námitku za oprávněnou a nebude-li sám s to najít uspokojivé řešení, bude se snažit, aby otázku upravil dohodou s příslušným úřadem druhého smluvního státu tak, aby se vyloučilo zdanění, které není ve shodě s touto smlouvou.

(3) Příslušné úřady smluvních států se budou snažit vyřešit vzájemnou dohodou obtíže nebo pochybnosti, které mohou vzniknout při výkladu nebo aplikaci této smlouvy. Mohou se také vzájemně poradit za účelem vyloučení dvojího zdanění v případech, které nejsou upraveny touto smlouvou.

(4) Příslušné úřady smluvních států mohou vejít v přímý styk za účelem aplikace této smlouvy.

Artikel 26

Austausch von Informationen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden gegenseitig die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden mitgeteilt werden, die mit der Veranlagung und Erhebung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen der Vertragsstaaten,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen,

b) Angaben zu übermitteln, die nach den geltenden Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschaffbar sind,

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Článek 26

Výměna informací

(1) Příslušné úřady smluvních států si budou vzájemně vyměňovat informace nutné pro provádění této smlouvy. Všechny informace takto vyměněné musí být udržovány v tajnosti a mohou být sděleny jen osobám nebo úřadům pověřeným vyměřováním a vybíraním daní, které jsou předmětem této smlouvy.

(2) Ustanovení odstavce 1 nebudou v žádném případě vykládána tak, že ukládají jednomu ze smluvních států povinnost:

a) provést administrativní opatření, která by byla v rozporu s právními předpisy nebo správní praxí tohoto nebo druhého smluvního státu;

b) sdělit údaje, které by nemohly být dosaženy na základě platných předpisů nebo v normálním administrativním řízení tohoto nebo druhého smluvního státu;

c) poskytnout informace, které by odhalily obchodní, podnikové nebo pracovní tajemství nebo obchodní jednání, nebo jejichž sdělení by bylo v rozporu s veřejným pořádkem.

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Vereinbarungen zustehen.

Článek 27

Členové diplomatických misí a konzulárních úřadů

Tato smlouva se nedotýká daňových výsad, které přísluší členům diplomatických misí a konzulárních úřadů podle obecných pravidel mezinárodního práva nebo na základě zvláštních dohod.

Artikel 28

Berlin(West)-Klausel

Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Článek 28

Doložka o Berlínu (Západním)

Podle Čtyřstranné dohody z 3. září 1971 se tato smlouva v souladu se stanovenými procedurami rozšiřuje na Berlín (Západní).

Artikel 29
Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist in beiden Vertragsstaaten anzuwenden:

a) auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum, der auf das Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, und für die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;

b) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember des Jahres, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist, gezahlt werden.

Článek 29
Nabytí platnosti

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Bonnu co nejdříve.

(2) Tato smlouva nabude platnosti třicátý den po výměně ratifikačních listin a bude se v obou smluvních státech aplikovat:

a) na daně, které se vybírají za zdaňovací období, které následuje po roce, ve kterém smlouva nabyla platnosti, a za další zdaňovací období,

b) na daně vybírané srážkou z výnosů placených po 31. prosinci roku, ve kterém smlouva nabyla platnosti.

Artikel 30
Außerkrafttreten

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren seit dem Ende des Kalenderjahrs des Inkrafttretens das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. In diesem Fall ist das Abkommen in beiden Vertragsstaaten nicht mehr anzuwenden:

a) auf die Steuern, die für das Veranlagungsjahr, das auf das Veranlagungsjahr folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird, und für die folgenden Veranlagungsjahre erhoben werden;

b) auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahrs gezahlt werden.

Článek 30
Vypověd'

Tato smlouva se sjednává na neurčitou dobu, avšak kterýkoli ze smluvních států ji může vypovědět písemně diplomatickou cestou vždy do 30. června kalendářního roku následujícího po uplynutí pěti let od konce kalendářního roku, ve kterém smlouva nabyla platnosti. V takovém případě se smlouva v obou státech již nepoužije:

a) na daně, které se vybírají za daňový rok, který následuje po daňovém roce, ve kterém byla dána výpověd', a za následující daňové roky,

b) na daně vybírané srážkou z výnosů placených po 31. prosinci roku, ve kterém byla dána výpověd'.

Geschehen zu Prag am 19. Dezember 1980 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Dáno v Praze dne 19. prosince 1980 ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německa
Hans-Dietrich Genscher

Für die Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Za Československou socialistickou republiku
Chňoupek

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Das am 19. Dezember 1980 in Prag unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen ist nach den entsprechenden Abkommen mit Polen, Rumänien und Ungarn der vierte Steuervertrag, den die Bundesrepublik Deutschland mit einem Staatshandelsland abgeschlossen hat.

Das Abkommen entspricht in Inhalt, Form und Wirkungsweise den herkömmlichen deutschen Abkommen, die sich weitgehend an das von der OECD empfohlene Musterabkommen anlehnen. Noch nicht berücksichtigt sind allerdings gewisse Änderungen im revidierten OECD-Muster aus dem Jahr 1977, da der sachliche Inhalt des Abkommens mit der Tschechoslowakei bereits zuvor abschließend ausgehandelt war. Aus diesem Grund enthält das Abkommen auch noch nicht die Folgerungen aus der deutschen Körperschaftsteuerreform, wie sie in späteren Vertragsverhandlungen mit anderen Staaten gezogen wurden.

Zur Vermeidung der Doppelbesteuerung verwendet das Abkommen zwei Methoden, und zwar in der Regel und für die wesentlichsten ausländischen Einkünfte die Freistellungsmethode – allerdings unter Beachtung des Progressionsvorbehalts – und in einigen Ausnahmefällen die Anrechnungsmethode.

Das Abkommen gliedert sich wie folgt auf:

Dem Musterabkommen der OECD entsprechend stekken die einleitenden Bestimmungen der Artikel 1 bis 5 den Geltungsbereich des Vertragswerks ab. Außerdem enthalten sie die für die Anwendung des Abkommens wichtigen Definitionen. Die Artikel 6 bis 22 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellen- bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte und Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 23 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellenstaat zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögenswerten die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 24 bis 30 regeln den Schutz vor Diskriminierungen, die zur Durchführung des Abkommens notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und Außerkrafttreten des Abkommens und andere Fragen.

II. Zu den einzelnen Abkommensregelungen

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel grenzt die Steuern ab, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen mehrfach verwendete Begriffe. Absatz 2 enthält die übliche Regel, daß die nicht definierten Begriffe entsprechend dem nationalen Steuerrecht des das Abkommen anwendenden Vertragsstaats auszulegen sind, wenn der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erforderlich macht.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, der für den subjektiven Geltungsbereich des Abkommens und die Abgrenzung der Besteuerungsrechte maßgebend ist. Grundsätzlich bestimmt sich die Ansässigkeit nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten (Absatz 1). Ist eine Person danach in beiden Staaten ansässig, so wird nach bestimmten Kriterien nur einer der Staaten für die Abkommensanwendung als (Wohn)sitzstaat behandelt (Absätze 2 und 3).

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert den Begriff der Betriebstätte, der die Grundlage für die Besteuerung der gewerblichen Einkünfte bildet (vgl. Artikel 7). Bauausführungen und Montagen gelten als Betriebstätten, wenn ihre Dauer 12 Monate überschreitet.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt. Dies gilt auch, wenn es sich um Betriebsgrundstücke handelt.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Gewinne aus Gewerbebetrieben. Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen Staates nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in seinem Gebiet gelegene Betriebstätte erzielt wird. Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebstättenbesteuerung zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr (Absatz 1) und von Binnenschiffen (Absatz 2) abweichend vom Betriebstättenprinzip nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 9

Absatz 1 stellt klar, daß das Abkommen der Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Unternehmen nicht entgegensteht. Absatz 2 sieht vor, daß in den Fällen, in denen der eine Staat eine Gewinnberichtigung vornimmt, auch der andere Staat eine korrespondierende Berichtigung vornimmt, damit eine sogenannte Doppelbelastung (= Besteuerung derselben Einkünfte bei verschiedenen Personen) vermieden wird.

Zu Artikel 10

Diese Bestimmung regelt die Besteuerung von Dividenden. Dabei enthält Absatz 1 den Grundsatz, daß Dividenden in dem Wohnsitzstaat des Empfängers dieser Dividenden besteuert werden dürfen.

Daneben darf nach Absatz 2 der Quellenstaat eine auf 15 % (im Falle wesentlicher Beteiligungen auf 5 %) begrenzte Quellensteuer erheben. Abweichend von dieser Regel darf nach Absatz 3 die Bundesrepublik Deutschland bei abfließenden Schachteldividenten die volle Kapitalertragsteuer erheben. Absatz 4 definiert den Begriff der Dividenden im einzelnen. Die Absätze 5 und 6 enthalten ergänzende Bestimmungen, die auch im OECD-Musterabkommen vorgesehen sind.

Zu Artikel 11

Absatz 1 weist das alleinige Besteuerungsrecht für Zinsen dem Wohnsitzstaat zu. Eine Quellensteuer darf nicht erhoben werden. Die Absätze 2 bis 4 enthalten eine Definition des Begriffs Zinsen und einige auf den OECD-Mustertext zurückgehende ergänzende Regelungen.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Lizenzgebühren.

In Absatz 1 wird dabei der Grundsatz aufgestellt, daß Lizenzgebühren im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden dürfen. Daneben darf nach Absatz 2 der Quellenstaat eine auf 5 % begrenzte Steuer erheben.

Die Absätze 3 bis 5 enthalten eine Definition des Begriffs Lizenzgebühren und einige auf den OECD-Mustertext zurückgehende ergänzende Regelungen.

Zu Artikel 13

In diesem Artikel wird die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen geregelt. Der Belegenheitsstaat darf Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen (Absatz 1), von beweglichem Betriebstättenvermögen und von beweglichem Vermögen einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung (Absatz 2) sowie von Anteilen an einer Gesellschaft (Absatz 3) besteuern.

Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und Binnenschiffen sowie des beweglichen Vermögens, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, werden entsprechend der Regelung für die Besteuerung der laufenden Einkünfte (vgl. Artikel 8) besteuert. Die Besteuerung aller anderen Veräußerungsgewinne wird dem Wohnsitzstaat vorbehalten (Absatz 4).

Zu Artikel 14

Dieser Artikel befaßt sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit.

Grundsätzlich hat der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht. Werden jedoch die Einkünfte in dem anderen Staat durch eine dort unterhaltene feste Einrichtung erzielt, hat dieser Staat insoweit das Besteuerungsrecht.

In Absatz 2 wird der Ausdruck „freier Beruf" im einzelnen erläutert.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel befaßt sich mit der Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit.

Grundsätzlich hat der Staat der Arbeitsausübung das Besteuerungsrecht (Absatz 1). Werden jedoch Personen von inländischen Unternehmen nur vorübergehend im Ausland eingesetzt, z. B. Monteure, so wird dieser Grundsatz zugunsten des Wohnsitzstaates eingeschränkt (Absatz 2). Weitere Sonderregelungen enthalten Absatz 3 für das Bordpersonal von Schiffen und Luftfahrzeugen sowie die Artikel 16 bis 20.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen Künstler und Sportler stets in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben. Dies gilt auch für die Gewinne, die Unternehmen aus künstlerischer oder sportlicher Tätigkeit anderer Personen beziehen.

Nach Absatz 3 gilt diese Regelung jedoch nicht, wenn der Auftritt im Rahmen des staatlich vereinbarten Kulturaustausches stattfindet.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Arbeitsentgelten und Ruhegehältern, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden.

Absatz 1 legt den Grundsatz fest, daß diese von dem Staat besteuert werden dürfen, aus dessen Kassen die Zahlungen erfolgen. Dies gilt nicht, wenn die Zahlungen an nicht entsandte Arbeitnehmer, d. h. solche, die in dem anderen Staat ständig ansässig sind, geleistet werden (Absatz 1 Satz 2), und auch nicht für Arbeitnehmer gewerblicher Betriebe der öffentlichen Hand (Absatz 2).

Zu Artikel 19

Dieser Artikel weist das alleinige Besteuerungsrecht für Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die nicht aus öffentlichen Kassen gezahlt werden, dem Wohnsitzstaat des Empfängers zu.

Zu Artikel 20

Die Bestimmungen dieses Artikels sollen den Austausch von Lehrkräften und von in Aus- und Fortbildung stehenden Personen fördern.

Zu diesem Zweck sind nach Absatz 1 die Vergütungen von Gastlehrkräften, die diesen von Quellen außerhalb des Gastlandes zufließen, im Gaststaat von der Besteuerung befreit, sofern der Aufenthalt zwei Jahre nicht übersteigt.

Desgleichen werden nach den Absätzen 2 und 3 Studenten, Praktikanten und Lehrlinge sowie Stipendiaten, die sich zu Ausbildungs- oder Forschungszwecken vorübergehend im Gaststaat aufhalten, hinsichtlich der Unterstützungsgelder, der Stipendien und der Unterhaltszuwendungen, die sie aus dem Ausland erhalten, von den Steuern des Gaststaats befreit.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel weist das Besteuerungsrecht für alle in den vorhergehenden Regelungen nicht behandelten Einkünfte ausschließlich dem Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen zu.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens.

Grundsätzlich hat das Besteuerungsrecht hierfür nur der Wohnsitzstaat (Absatz 4). Unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufs dienenden festen Einrichtung gehört, darf aber nach den Absätzen 1 und 2 – entsprechend der Regelung für die betreffenden Einkünfte – im Belegenheitsstaat besteuert werden. Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Binnenschiffe sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen abweichend hiervon nach Absatz 3 nur in dem Staat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 1 bestimmt, wie die Bundesrepublik Deutschland die Doppelbesteuerung bei einer in ihrem Gebiet ansässigen Person vermeidet, während Absatz 2 eine entsprechende Regelung für die Tschechoslowakei trifft.

Nach Absatz 1 Buchstabe a werden die wichtigsten Einkünfte, wie z. B. aus unternehmerischer Tätigkeit, die durch eine tschechoslowakische Betriebstätte oder eine tschechoslowakische Tochtergesellschaft (Mindestbeteiligung 25 %) ausgeübt wird, und die entsprechenden Vermögenswerte von der deutschen Steuer freigestellt. Buchstabe c stellt sicher, daß diese Freistellung für tschechoslowakisches Betriebstättenvermögen und wesentliche Beteiligungen an einer tschechoslowakischen Tochtergesellschaft sowie die daraus fließenden Einkünfte nur dann gilt, wenn die Betriebstätte oder Tochtergesellschaft bestimmte aktive wirtschaftliche Tätigkeiten ausübt. Ist dies nicht der Fall, so wird zur Vermeidung der Doppelbesteuerung lediglich die tschechoslowakische Steuer auf die entsprechende deutsche Steuer angerechnet.

Bei bestimmten Einkünften, die nicht nach Buchstabe a von der deutschen Steuer freigestellt werden, wie z. B. Zinsen, Lizenzgebühren und Dividenden, die nicht aus einer Schachtelbeteiligung stammen, wird die Doppelbesteuerung nach Buchstabe b durch Anrechnung der tschechoslowakischen auf die deutsche Steuer beseitigt.

Die Tschechoslowakei beseitigt nach Absatz 2 die Doppelbesteuerung bei den dort ansässigen Personen auf im wesentlichen gleichem Wege.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel soll steuerliche Diskriminierungen verhindern.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- sowie Anwendungsschwierigkeiten in gegenseitigem Einvernehmen beseitigen können.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt den Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel regelt das Verhältnis des Abkommens zu den besonderen diplomatischen und konsularischen Vorrechten.

Zu Artikel 28

Dieser Artikel enthält die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 29

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll erstmalig für das Jahr angewendet werden, das dem Jahre folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Zu Artikel 30

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung und das Außerkrafttreten des Abkommens.

Druck: Bundesdruckerei, Bonn (222372 6. 82)
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838